



Andreas Speit
Der rechte Rand

Wie ein kürzlich verstorbener Rechtsextremer lebte

Bei Aufmärschen der rechtsextremen Szene fiel Markus Privenau auf. Der große und sportliche Mann war in Norddeutschland seit Jahrzehnten fest im Milieu zwischen NPD und „Heimattreuer Deutscher Jugend“ (HDJ) verankert. In seiner Wohnung in Stuhr soll er sich vor Monaten das Leben genommen haben. Den Tod bestätigten nun Sicherheitskreise der taz.

Über seine Einstellung ließ Privenau keine Zweifel aufkommen. In den radikalsten Gruppen war er in Bremen immer wieder aktiv. Bis zum Verbot der „Nationalistischen Front“ gehörte Privenau zu den Führungskadern an der Weser. Nach dem Verbot 1992 schloss er sich der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) an, die 1995 verboten wurde. Bei der „Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene“ (HNG) war er führend tätig. 2011 schritt das Bundesinnenministerium mit einem Verbot ein, da die HNG die Verherrlichung des Nationalsozialismus betreibt und eine „Radikalisierung der Neonaziszene“.

Bei einer Schießübung erschoss Privenau in der 1980er-Jahren einen Jäger. Der verstorbene Szenearzt Jürgen Rieger vertrat ihn. „Unfall mit Todesfolge“ lautete das Urteil.

Bei dieser Vita ist es auch nicht verwunderlich, dass sein Nachwuchs dem rechten Weg folgt. Privenaus Familie lebt auf einem Bauernhof mit Tieren und Gemüseanbau – alles bio. Um 18 Uhr musste das Abendessen auf dem Tisch stehen, erzählt seine Ex-Frau Tanja Privenau. Ihr Mann, der Vater von dreien ihrer fünf Kinder, bestand vor dem Essen auf den Spruch: „Den Deutschen das Brot, den Juden den Tod“.

Das Paar hatte sich Ende der 1990er-Jahre kennengelernt. Die Familie wurde zu einer festen Größe gerade für die nichtöffentliche Arbeit der „nationalen Bewegung“ in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen. „Wir haben uns immer als nationale, als völkische Familie verstanden“, sagte Tanja Privenau. Bei der Artgemeinschaft waren sie fest verankert, die Kinder wurden zur HDJ geschickt. Privenau forderte straffe Regeln, und harte Disziplin ein. Seine Ex-Frau berichtet zudem von Gewalt in der Familie. Und auch davon, dass er sagte, eins ihrer Kinder aus einer früheren Verbindung sei „unwertes Leben“ wegen einer Behinderung.

2005 verließ Tanja Privenau die Szene, seit 2008 ist sie von ihrem Mann geschieden. Über zehn Jahre musste sie vor Gericht erstreiten, dass ihr Ex-Mann die Kinder nicht sehen darf. Denn in seinen Augen, so Privenau, wäre sie eine „Verräterin“. Sie fürchtete, dass er über die Kinder ihre Adresse erhalten könnte. Sie sorgte sich aber auch, dass er versuchen würde, die Kinder weiter politisch zu indoktrinieren.

Andreas Speit arbeitet als freier Journalist und Autor über die rechte Szene nicht nur in Norddeutschland

nachrichten

Ertrunkenes Mädchen: Erzieherin verurteilt

Das Amtsgericht Geestland hat nach dem Tod eines siebenjährigen Mädchens bei einem Kita-Schwimmausflug zwei Erzieherinnen und eine Hauswirtschafterin zu Bewährungsstrafen zwischen vier und zehn Monaten verurteilt. Alle drei hätten das Ertrinken des Mädchens höchst wahrscheinlich verhindern können, sagte die Vorsitzende Richterin zur Urteilsbegründung. (dpa)

Nordbank macht Verlust

Die vor der endgültigen Privatisierung stehende HSH Nordbank hat im ersten Halbjahr 2018 einen Verlust von 77 Millionen Euro ausgewiesen. Im Vorjahreshalbjahr war noch ein Gewinn von 158 Millionen Euro angefallen. Die Kernbank, die weitergeführt werden soll, kam auf einen Vorsteuergewinn von 378 Millionen Euro nach 543 Millionen Euro im

Vorjahreshalbjahr. Im vierten Quartal soll der Verkaufsprozess beendet werden. (dpa)

Demo früher

Anders als berichtet findet die Demonstration gegen das Kohlekraftwerk von Dow Chemical an der Elbe schon am Samstag, dem 8. September statt. Der Zug unter der Parole „Wir lassen uns nicht verkohlen“ läuft um 11 Uhr in Stade los. (taz)

Polizei schießt auf Mann

Ein Polizist hat einem mit zwei Messern bewaffneten Mann in Flensburg ins Bein geschossen. „Der Mann war aggressiv und fügte sich selbst schwere Verletzungen zu“, sagte ein Polizeisprecher. Trotz Aufforderung und des Einsatzes von Pfefferspray habe der 44-jährige die Küchenmesser nicht zur Seite gelegt. Der Flensburger habe sich offenbar in einem psychischen Ausnahmezustand befunden. (dpa)

Fair ist schwer

Wie schwierig es für Kommunen ist, nachhaltig zu wirtschaften, lässt sich am Beispiel Lübeck zeigen. Häufig kommt nicht der beste, sondern der billigste Anbieter zum Zuge

Von Friederike Grabitz

Zehn FahrradfahrerInnen hatten vor dem Lübecker Holstenor eine Schweigeminute ab. „Fertig“ sagt Andrea Witt, und ihr Kollege schaut auf ein Geräuschpegel-Messgerät. Zwischen 60 und 80 Dezibel hat es gemessen. Das, sagt Witt, könne auf Dauer ungesund sein.

Witt arbeitet an der Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels für Gesundheit und Wohlergehen, kurz: „SDG 3“. „SDG“ steht für „Sustainable Development Goal“ – also Ziel für nachhaltige Entwicklung. 2015 haben die UN-Mitglieder unterschrieben, dass sie eine Agenda von 17 SDGs weltweit bis 2030 verwirklichen wollen.

Witt ist Koordinatorin der Lübecker Klimaschutz-Leitstelle und hat den „Tag gegen den Lärm“ organisiert, um auf Lärm-Emissionen durch Autos hinzuweisen. Schon 2010 hatte sie ein Klimaschutzkonzept für die Kommune initiiert, fünf Jahre später waren die CO₂-Emissionen der Stadt um knapp zehn Prozent verringert.

Viele Städte und Kreise im Norden haben solche Leitstellen, die aber meist aus Projektmitteln finanziert sind und bei politischen Entscheidungen nur beraten dürfen. Das Thema hat zwar eine Lobby, die kann sich aber nicht immer durchsetzen. Beispielsweise wenn es um SDG 12 geht: „Nachhaltige/r Konsum und Produktion“. Für die

Kommunen, die immerhin 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgeben, wäre die Konsequenz, bei städtischen Aufträgen auf Qualität und Nachhaltigkeit zu achten.

Der Denkmalschutz-Experte Jörg Sellaer macht seit vielen Jahren Ausschussarbeit für die Lübecker CDU und hat mit der Beschaffungspolitik der Stadt leidvolle Erfahrungen gemacht: „Durch das Vergaberechtsgesetz des Landes sind wir verpflichtet, den günstigsten Anbieter

Nachhaltigkeitsziele

Die Sustainable Development Goals (SDG) sollen dazu beitragen, die Welt bis 2030 ökonomisch, ökologisch und sozial gerechter zu gestalten.

Die Umsetzung der Ziele sind Aufgabe der Kommunen, die damit aber oft überfordert sind.

Konkrete Indikatoren zu den 17 Zielen hat die Bertelsmann-Stiftung deshalb in dem Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ entwickelt, zum Beispiel ökologische Landwirtschaft, Ärztesversorgung, Schulabbruchquote, CO₂-Ausstoß, Mietpreise oder Verschuldung.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt das Nachhaltigkeitsmanagement von Städten oder Landkreisen.

zu wählen“, sagt er. „Dabei wird ‚günstig‘ oft gleichgesetzt mit ‚billig‘, obwohl es nicht das Gleiche ist“. Unterm Strich sei es teurer, ein billiges T-Shirt zu kaufen, das nach einem Jahr Farbe und Form verloren hat, als eines, das für den dreifachen Preis dreißig Mal so lange hält.

Die Konsequenzen des Vergaberechts hat Stefan Wolf hautnah erlebt. Er ist Steinmetzmeister und wollte Granitsteine für die Renovierung eines großen Platzes liefern. Steine aus Skandinavien waren der Stadt zu teuer, also besuchte er vier Qualitäts-Steinbrüche in China. Den Zuschlag bekam aber eine Firma, die noch billigeren Granit aus China liefern konnte. „Unter einem bestimmten Preis ist aber keine Qualität mehr möglich“, sagt Wolf. Auch in diesem Fall war das so: Viele Steine mussten überarbeitet oder neu gefertigt werden.

Auch an der Opferpromenade der Trave wurde chinesischer Granit verbaut. Gegenüber liegt die Musik- und Kongresshalle, die als nachhaltig zertifiziert ist und Anfang Juni die „Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik“ ausrichtete. Vor 400 TeilnehmerInnen verkündete Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) optimistisch: „Ökologie und Ökonomie verbinden – das geht.“ Und der Vizepräsident des Verbands Kommunaler Unternehmen sagte, im Vergaberecht sei Tariffreue fest-

gelegt, „bei der Beschaffung nehmen wir also nicht den billigsten Anbieter“.

Das Tariffreue- und Vergabegesetz von 2013 schreibt die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in Ausschreibungen vor. Nun liegt der Landesregierung seit Anfang Juli aber ein Gesetzesentwurf vor, in dem diese Kriterien nicht mehr enthalten sind. Nur der Mindestlohn für in Deutschland geleistete Arbeit soll erhalten bleiben, dessen Einhaltung ohnehin gesetzlich vorgeschrieben ist.

Horst Hesse wartet in der Bahnhofshalle auf seinen Zug zu einer Demo gegen die Gesetzesreform. Er engagiert sich seit 47 Jahren für „Globale Gerechtigkeit“ (SDG 17) und „verantwortlichen Konsum“ (SDG 12) und kritisiert, dass Nachhaltigkeits-Beschlüsse der Bürgerschaft nicht umgesetzt werden. 2011 gründete er deswegen ein Netzwerk aus 100 HändlerInnen und Initiativen, die Lübeck zur ersten Fairtrade-Stadt in Norddeutschland machten.

Sie bieten seitdem fair gehandelte Produkte an, ebenso wie die teilnehmenden Schulen, Vereine und Kirchen, die dazu entwicklungspolitische Bildungsarbeit unterstützen. Bei den Empfängen im Rathaus wird seither fairer Kaffee serviert, aber als Präzedenz gibt es immer noch Marzipan mit konventionell hergestellter Schokolade.



Ist vielfach als „nachhaltig“ zertifiziert und damit einzigartig in Schleswig-Holstein: Lübecks Musik- und Kongresshalle Foto: Carsten Rehder/dpa

Gelächter beim Marschbahngipfel

Bei einer Diskussion in Niebüll machen viele Pendler ihrem Unmut über die schlechte Sylt-Verbindung Luft

Verkehrsminister Bernd Buchholz redet sich in Rage. Der FDP-Politiker sitzt mit Vertretern von DB Regio, DB Netz und anderen auf dem Podium beim zweiten Marschbahngipfel in Niebüll. Er ist unzufrieden mit der DB Regio, dem Betreiber auf der Marschbahnstrecke zwischen Hamburg und Westerland. Seit Langem gibt es dort schon Probleme mit Zugausfällen, Verspätungen und zu wenig eingesetzten Waggons.

Die DB Regio pflege das Wagenmaterial und die Loks nicht genug, wertet der Minister. Ein vernünftiges Personalkonzept liege nicht vor. Zu oft fielen Züge aus, weil Lokführer fehlten.

Er höre immer die Erklärungen, „aber ich bin nicht mehr bereit, das zu akzeptieren“. Es gebe kein Kapazitätsproblem, sondern ein Qualitätsproblem. Eigentlich seien die Fahrzeuge ja da, aber praktisch führen sie nicht.

Er wolle das mal klar sagen. „Wer sich um einen solchen Verkehrsvertrag bewirbt, muss auch in der Lage sein, die vertraglich geforderten Leistungen zu erbringen“, sagt Buchholz. Wer dies nicht sei, müsse irgendwann in der Konsequenz damit rechnen, dass ihm zumindest teilweise Leistungen gekündigt würden. Bereits am Dienstagvormittag hatten die Jamaika-Regierungsfractionen

in Schleswig-Holstein beschlossen, Bahnnetze nur noch an zuverlässige Betreiber vergeben.

Buchholz spricht an diesem Abend vielen der rund 350 Menschen, die zu der Veranstaltung in Niebüll gekommen sind, aus der Seele. Nicht wenige machen ihrem Unmut Luft. Vor allem Torsten Reh von der DB Regio steht im Fokus: Seine Erklärungsversuche für die Lage interessieren im Saal scheinbar kaum jemanden. Immer wieder wird er von Pfiffen, Zwischenrufen und sogar ungläubigem Gelächter unterbrochen.

„Warum gibt es in der Stoßzeit immer nur vier Waggons, in die sich alle Pendler quetschen

müssen“, fragt eine Pendlerin aus Husum. „Das ist untragbar! Wir stehen auf den Gängen eng an eng wie Vieh.“ Andere Pendler beschwerten sich über mangelnde Kommunikation, unwissende Lokführer, ungenügende Wartehäuschen und Rollstuhlfahrer, die auf den Bahnsteigen stehen gelassen werden.

Immer wieder weist Buchholz auf die unübersichtlichen Strukturen, Zuständigkeiten und Ansprechpartner bei der Deutschen Bahn hin. Es fehle einer an der Konzernspitze, der sich wirklich für alle Teile verantwortlich fühle und eine Lösung finden wolle. Sagt er und erntet Applaus. (dpa)